

Hauseigentümer wählen neuen Geschäftsführer

ST. GALLEN. Am 1. April 2016 übernimmt Remo Daguati, St. Gallen, die Geschäftsführung des Hauseigentümergebietes Kanton St. Gallen und des HEV St. Gallen (Stadtverbände). Nach 32 Jahren als Geschäftsführer beider Verbände gibt Karl Güntzel sein Amt ab. Er habe sich in all den Jahren «mit viel Herzblut und grossem Engagement für das private Eigentum und die speziellen Anliegen der Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer eingesetzt», heisst es im gestrigen Communiqué.

Seit 2000 ist Güntzel zudem gewähltes Mitglied des Vorstandes und der Geschäftsleitung



Remo Daguati
Neuer HEV-Geschäftsführer

des kantonalen Verbandes. Er bleibt Geschäftsführer der Gruppe Haus- und Grundeigentum des Kantonsrates und steht den Verbänden für Spezialaufgaben erhalten.

Die Vorstände der beiden Verbände haben Remo Daguati, St. Gallen, Jahrgang 1975, zum neuen Geschäftsführer gewählt. Daguati ist derzeit Leiter Auslandpromotion und Mitglied der Geschäftsleitung bei Switzerland Global Enterprise (ehemals Osec), die im Auftrag des Bundes und der Kantone die Schweizer Aussenwirtschaftsförderung wahrnimmt. Er war früher Leiter des Amtes für Wirtschaft beim Volkswirtschaftsdepartement des Kantons St. Gallen. Remo Daguati wird das Mandat des Geschäftsführers der Hauseigentümergebietes von Stadt und Kanton St. Gallen im Auftragsverhältnis wahrnehmen. (red.)

Mit Aktivkohle gegen Schadstoffe

HERISAU. In Herisau wird am Samstag die schweizweit erste Abwasserreinigungsstufe mit Pulver-Aktivkohle eröffnet. Damit können auch kleinste Schadstoffe, zum Beispiel von Medikamenten, aus dem Wasser herausgefiltert werden (siehe «Ein Fluss auf dem Weg zur Besserung», Ausgabe vom 19. August). Herisau werde zur Pioniergemeinde in der Abwasserreinigung, zusammen mit Dübendorf, das auf ein anderes Verfahren setze, heisst es in der gestrigen Mitteilung der Gemeinde. «Hier werden nun wertvolle Erfahrungen gemacht, von denen die gesamte Schweiz profitieren kann», sagte Michael Schärer vom Bundesamt für Umwelt.

Mikroverunreinigungen schwimmen zwar nur in geringen Mengen in den Gewässern. Trotzdem stellen sie eine Gefahr für die Lebewesen im Wasser dar. Sie stammen unter anderem von Körperpflegeprodukten, Medikamenten, Pflanzenschutzmitteln oder chemischen Verbindungen der Textilindustrie. Herisau ist nicht ohne Grund für die Pionieranlage ausgewählt worden. Die Abwasserreinigungsanlage (ARA) Bachtwis reinigt das Abwasser von über 30000 Personen, bevor es in die Glatt fliesst. Wegen der hohen Besiedlungsdichte gilt die Glatt seit jeher als stark belastetes Gewässer. (sda)

SRG mit Unbehagen konfrontiert

Am Medienforum der SRG Ostschweiz referierten Vertreter von Medien, Politik und Wissenschaft zu ihren Erwartungen an den Service public. SRG-Chef Roger de Weck versuchte, die Kritik am überbordenden Unternehmen zu entkräften.

MARCEL ELSENER

ST. GALLEN. Öffentliche Hearings in allen Landesteilen stellte die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher in Aussicht, wenn es in der nächsten Legislatur um den medialen Service public geht; der Leistungsauftrag für die neue Konzession der SRG SSR ab 2017 ist das aktuell wichtigste medienpolitische Thema in der Schweiz. In diesem Sinn lieferte das zweite Medienforum der SRG Ostschweiz am Dienstag im Kongresszentrum Einstein in St. Gallen einen vielstimmigen Vorgeschmack auf ein solches Hearing. Wobei das Interesse der Öffentlichkeit bescheiden war; freundlich gezählt mochte vielleicht ein Viertel der gut 90 Zuhörenden SRG-ungebunden gewesen sein. Die Abwesenden können getrost sein, dass das umstrittene Thema länger präsent bleiben wird, wie SRG-Ostschweiz-Präsident Erich Niederer sagte – und dass alle Wortbeiträge auf der regionalen SRG-Website nachzuhören sind.

«Bitte kein Staatsjournalismus!»

Der Gastgeber hatte mit Tagblatt-Chefredaktor Philipp Landmark und FM1-/TVO-Leiter André Moesch beherzt «den Feind ins Haus gelassen», wie letzterer scherzte. Die Vertreter der grössten Zeitung und des bedeutendsten privaten Radio- und Fernsehansichters in der Region betonten die Verdienste ihrer Medien für den Service public, etwa zur Identitätsstiftung. «FM1 und TVO haben die Ostschweiz gestärkt», ist Moesch überzeugt. Im Gegensatz zum Radio erhält TVO Geld aus dem Gebührentopf: Mit den 2,3 Millionen würde die SRG «kein tägliches Regionalmagazin produzieren».

Landmark stellt die Sonderstellung der SRG trotz fragwürdiger neuer «Mediensteuer» nicht in Frage und will den Service public grosszügig ausgelegt wissen: «Bitte kein Staatsjournalismus!» Der «Mediengigant SRG» dürfe – erst recht angesichts der Werbeallianz mit Swisscom und Ringier – «andere nicht erdrücken» und müsse «lernen, sich



«Das Publikum mag uns»: SRG-Generaldirektor Roger de Weck auf dem Podium im St. Galler Kongresszentrum Einstein.

zurückzunehmen». Dass die SRG «zu stark wuchert», kritisierte auch Moesch. Beispielsweise Radio Swiss Pop könne «ein Privater gleich gut» betreiben.

Werbegeld im Land behalten

Die SRG sei sich «ihrer Verantwortung bewusst», entgegnete SRG-Generaldirektor Roger de Weck und verteidigte die Allianz als «Plattform», um Werbegelder in der Schweiz zu behalten, «zum Vorteil der einheimischen Medien». Aufgrund der starken ausländischen Konkurrenz – Fernsehsender, aber auch Netflix, Google, Facebook – sollten die hiesigen Medienhäuser «konkrete Pläne schmieden, statt einander gegenseitig zu schwächen». Die SRG verdiene mit 95 Prozent ihrer Programme kein Geld, Sorge via Finanzausgleich für eidgenössische Solidarität und leiste einzigartige gemeinnützige Aufgaben – etwa in der

Information (auch mit Auslandskorrespondentennetz) oder in der Filmförderung. Wer weniger teures Fernsehen wolle, lande letztlich bei RTL & Co: «Minimaler Aufwand mit maximalem Ertrag, alles nur noch Boulevard.»

In der Podiumsdiskussion fragte Moderatorin Stefanie Hablützel, Radioredaktorin SRF Graubünden, nach Leitplanken für einen künftigen Service public – den allerdings, mit Ausnahme der SVP, noch niemand definiert habe. Bernard Maissen, Chefredaktor der SDA, liess sich als Mitglied der eidgenössischen Medienkommission, die im Auftrag des Bundesrates einen entsprechenden Bericht ausarbeitet, nicht in die Karten schauen. In der Kommission gebe es «13 Leute und 15 Meinungen», antwortete er auf Fragen wie etwa, ob eine SRG ohne Werbung vorstellbar sei. Entscheide, ob es SRF3 oder «Glanz und Gloria»

noch brauche, entsprächen nicht dem Niveau ihrer Arbeit. «Die SRG muss das Unbehagen ernst nehmen», forderte der Medienwissenschaftler Matthias Künzler. Für ihn ist eine werbefreie SRG «modelltheoretisch wünschenswert», aber «realpolitisch gravierend», weil ein Viertel Kostenkürzung gerade die Regionen spüren würden.

Camerons Demontage der BBC

Für die Medienpolitikerin Edith Graf-Litscher wird die Frage, was journalistische Grundversorgung bedeutet, zu einem Kernthema der nächsten Jahre. Mit ihrem Nebensatz, wonach «die einen Berlusconi-Verhältnisse wollen», deutete sie an, dass das Gezerre um die SRG mehr ist als ein Geldverteilstreit. Die «Inkohärenz der Kritik» zeige, so de Weck, dass es «nicht nur um die Sache, sondern um pure Machtpolitik geht». Und er ver-

wies warnend auf England, wo Premier David Cameron die BBC, «Inbegriff des Service public», durch Kürzungen bewusst schwäche und dadurch Murdoch und andere Medienkonzerne stärke, die ihn portierten.

Allseits begrüsst, auch von de Weck, wurde Künzlers Idee, aus dem erhöhten Gebührensplitting einen Fonds für innovative private Formate einzurichten. Schliesslich versicherte der SRG-Generaldirektor kritischen Votanten, dass sein Unternehmen angesichts der Kritik von rechts und links und der Unzufriedenheit in der Mitte gut unterwegs und breit verankert sei: «Das Publikum ist unsere Referenz – und es mag uns», wie VOX-Analysen bestätigten. In Sachen Expo 2027 hat de Weck bereits den Steueraussschuss kontaktiert – die SRG wird also weiterhin mit der Ostschweiz rechnen – und umgekehrt.

Nur jede fünfte Führungskraft ist eine Frau

ST. GALLEN. Im Kanton St. Gallen sind die Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitgeber sehr zufrieden – zufriedener als noch 2012. Je rund ein Viertel stellt eine Verbesserung beziehungsweise eine Verschlechterung fest. Dies zeigt eine im zweiten Quartal durchgeführte Personalbefragung durch eine externe Firma. Insgesamt wurden Fragebogen an 6412 Mitarbeitende versandt, 3786 haben an der freiwilligen und anonymisierten Befragung teilgenommen. Mit einer Quote von 59 Prozent haben sich diesmal wesentlich mehr Mitarbeiter beteiligt als in den Vorjahren. In 84 Prozent der Ämter lag die Teilnahmequote über 50 Prozent.

Viele Ziele erreicht

Gemäss Mitteilung der Staatskanzlei sind viele Ziele erreicht worden, zum Beispiel, was die Zufriedenheit mit dem Führungsstil der Vorgesetzten angeht, mit der Schaffung beziehungsweise Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Behinderte oder mit der Zufriedenheit im Bereich der Weiterbildung.

Nicht erreicht wurden die Ziele bei der Schaffung von zusätzlichen Lehrverhältnissen für zweijährige Grundbildungen mit Attest. Auch für Führungskräfte mit familiären Betreuungsaufgaben wurden nicht im gewünschten Mass Teilzeitstellen zur Verfügung gestellt. Per Stichtag 31. März waren 22 Prozent der Stellen mit Führungsfunktion von Frauen besetzt. Damit wurde das Ziel von 30 Prozent verpasst.

Vergleich mit Privatwirtschaft

Erstmals erhoben wurde die Attraktivität des Arbeitsplatzes im Vergleich zu einer ähnlichen Tätigkeit in der Privatwirtschaft. 30 Prozent der Antwortenden stufen die Tätigkeit beim Kanton als gleich attraktiv ein. Für 39 Prozent ist die Tätigkeit attraktiver. Rund zwei Drittel der Antwortenden würden die Staatsverwaltung ohne weiteres als Arbeitgeberin weiterempfehlen.

Auf Basis dieser Auswertung wird die Regierung die Ziele der Personalpolitik für die Jahre 2016 bis 2018 festlegen. (cz)

SVP kritisiert Axpo-Pläne

Die geplante Expansion des Stromkonzerns Axpo in die USA wird von St. Galler Politikern kritisch beäugt, da der Kanton finanziell mit drin hängt.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Die SVP setzt ein grosses Fragezeichen hinter den Schritt der Axpo nach Übersee. «Es ist fragwürdig, dass ein für die USA relativ unbedeutender Schweizer Stromkonzern sich auf dem amerikanischen Markt etablieren will – und das offenbar im Alleingang und ohne über ein verlässliches Partnernetzwerk zu verfügen», kritisiert sie. Die SVP-Fraktion ist deshalb mit einem politischen Vorstoss aktiv geworden. Sie will von der Regierung wissen, was diese von den Plänen der Axpo hält und wie sie deren Risiko einschätzt. Die Antwort der SVP darauf geht aus dem Vorstoss hervor: Verträge, wie sie die Axpo plane, hätten «mehr mit riskanten Finanzmarkttransaktionen als mit Lieferverträgen gemein».

Im Besitz der Kantone

Die SVP wehrt sich in der Regel gegen enge Korsette und mehr Vorschriften für die Wirtschaft. Bei der Axpo liegt der Fall

anders – da sind Steuergelder mit im Spiel. Der Stromkonzern ist im Besitz der nordostschweizerischen Kantone und Kantonswerke. Die St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke (SAK) sind mit 12,5 Prozent die fünfgrösste Axpo-Aktionärin. Der Kanton St. Gallen wiederum ist mit 83 Prozent Hauptaktionär der St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke.

Fragen auch im Thurgau

Aufgrund der Besitzverhältnisse wundert nicht, dass auch in anderen Kantonen Kritik an der geplanten Expansion der Axpo laut geworden ist. So im Thurgau. Dort sind es die Grünen, die einen Finger auf die aktuellen Geschäfte halten.

Im Aargau ist die SVP aktiv geworden. Die Fragen von Grossrat Martin Keller sind jenen der St. Galler Kollegen ähnlich; Keller will von der Aargauer Regierung wissen, ob sie sich bewusst sei, dass die geplanten Geschäfte der Axpo «enorme Risiken für die Steuerzahler mit sich bringen

und für ein hundertprozentiges Staatsunternehmen höchst problematisch sind».

Der Kanton Aargau hält 13,9 Prozent der Axpo-Aktien, die AEW Energie AG 14 Prozent. Die EKT AG, das Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau, besitzt 12,2 Prozent.

Weitere Kosten drohen

Auch Thomas Schwager, St. Galler Kantonsrat der Grünen, will von der Regierung wissen, wie sie sich um Eintritt der Axpo ins amerikanische Strommarktgeschäft stellt. Er befürchtet darüber hinaus, die hohen Rückbaukosten für stillgelegte Atomkraftwerke werden für den Kanton St. Gallen finanzielle Konsequenzen haben – über seine Beteiligung an den St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerken.

Der Schritt nach Übersee reduziert das Gesamtrisiko für das Unternehmen, hatte Axpo-Chef Andrew Walo in der NZZ die geplante Expansion des Stromkonzerns gegen die Kritik aus der Politik verteidigt.